

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 13. Sitzung (19. TA)

des Kinder- und

Jugendhilfeausschusses

am Donnerstag, 19.01.2023,
Verwaltungsgebäude, Goetheplatz,
1. OG, Raum 107
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Mitglieder des Rates und in der Jugendhilfe erfahrene und tätige Männer und Frauen

Stefan Hebbel	CDU - Vorsitzender
Paloma Krassa	CDU
Lena-Marie Pütz	SPD
Christoph Kühl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Irina Prüm	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Peter Gelshäuser	OP
Cornelia Besser	FDP

Vertreter aus dem Bereich der freien Träger der Jugendhilfe und dem Bereich der Wohlfahrtsverbände

Axel Zens	Arbeiterwohlfahrt
Agnes Dahlem	Caritasverband Leverkusen e. V.
Oliver Weierstall	Kinder- und Jugendring Förder- und Trägerverein freie Jugendzentren
Petra Clemens	
Jeanna Klossek	Ev. Jugend

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 der Satzung für den Fachbereich Kinder und Jugend

Michael Küppers	Kinder und Jugend (51)
Sören Schultes	Polizei
Michael Hirth	Katholische Kirche
Rabia Taskesen	Integrationsrat
Helmut Ring	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Anja von Hebel	Schulen (40)
Veronika Kuffner	Evangelische Kirche
Sarah Kinzel	Stadtelternrat

Dr. Josef Peters

Deutsches Rotes Kreuz

Anwesend von der Verwaltung:

Melanie Offermann

Dezernat IV

Eva Lorenz

Kinder und Jugend (51)

Tobias Jäger

Kinder und Jugend (51)

Sabine Jarosch

Kinder und Jugend (51)

Katharina Baarhs

Kommunales Bildungsbüro

Eileen Janßen

Sachgebiet Prävention

Stefanie Grube

Sachgebiet Prävention

Schriftführung:

Kai Uckert

Kinder und Jugend (51)

Es fehlen:

Hans Höroldt

Diakonisches Werk

Simon Kierdorf

Bund der Deutschen Kath. Jugend

Vincent Naseband

BÜRGERLISTE

Marco Sahler

SPD

Torsten Heymann

Amtsgericht

Vera Niederle

Agentur für Arbeit Leverkusen

Marc Adomat

Stadtdirektor/Beigeordneter

Cornelia Richrath

Gleichstellungsbüro (03)

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung.....4
2	Niederschriften4
3	Ansiedlung einer Diskothek in Leverkusen-Wiesdorf - Antrag des Jugendstadtrates vom 27.10.2022 - Nr.: 2022/1963.....4
4	Digital-Coaches für Leverkusener Schulen, KiTas und Jugendhäuser - Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2022 - m. Stn. v. 19.01.2023 - Nr.: 2022/19025
5	Beschlüsse des Jugendstadtrates6
5.1	Antrag der Klimaliste Leverkusen vom 03.01.2023 (Eingang 06.01.2023) - Nr.: 2023/1992.....6
5.2	Integration und Förderung für alle Bedürftigen - Antrag des Jugendstadtrates vom 27.10.2022 - Nr.: 2022/1965.....6
6	Anpassung der Elternbeitragssatzung für die Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder - Antrag der SPD-Fraktion vom 03.11.2022 - Nr.: 2022/1859.....7
7	Vorläufige Anerkennung "Krabbelino gUG" als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KHJG - Nr.: 2022/19428
8	Vorläufige Anerkennung "1.2.3-Kids gUG" als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KHJG - Nr.: 2022/19438
9	Betreuungsplätze in den Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege für Kinder in Leverkusen für das Kindergartenjahr 2023/2024 nach dem Kinderbildungsgesetz - m. aktualisierter Auflistung v. 13.01.2023 - Nr.: 2022/19549
10	Errichtung einer Kindertagesstätte an der Flurstraße gemäß Kindertagesstättenbedarfsplanung 2021/2022 - Antrag der Klimaliste Leverkusen vom 03.01.2023 (Eingang 06.01.2023) - Nr.: 2023/1996 10
	Vorstellung Bildungsbericht 2022 / 2023 - Katharina Baarhs 12
	Berichterstattung zum Kinderschutz in Leverkusen..... 12
	Bericht des Dezernenten 13
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 8/2022)..... 13

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Beantragung des TOPs 5.1 wird mit Zustimmung des Gremiums vorgezogen und vor TOP 3 beraten.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), vereidigt ein neues Gremiumsmitglied. Sarah Kinzel wird in Zukunft den Stadtelternrat im Kinder- und Jugendhilfeausschuss vertreten.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur 11. Sitzung (19. TA) vom 01.09.2022 zur Kenntnis.

3 Ansiedlung einer Diskothek in Leverkusen-Wiesdorf - Antrag des Jugendstadtrates vom 27.10.2022 - Nr.: 2022/1963

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt die Frage, welche Art von Diskothek gemeint ist. Ob beispielsweise eine kommerzielle oder eine sich speziell an Jugendliche richtende Diskothek gemeint ist.

Rf. Pütz (SPD) begrüßt den Antrag und regt an, die Jugendhäuser miteinzu-beziehen.

Frau Krassa (CDU) schließt sich dem Vorschlag von Rf. Pütz (SPD) an.

Frau Kuffner (Evangelische Kirche) merkt an, eine entsprechende Ausstattung der Jugendhäuser sei unabdingbar, um ein entsprechendes Angebot bereitzustellen.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert, es gebe bereits Angebote. Regelmäßige Angebote müssten neu konzipiert werden. Die Jugendhäuser könnten dies nicht leisten.

Frau Kuffner (Evangelische Kirche) schlägt eine von Jugendlichen autonom organisierte Einrichtung vor. Die Schaffung einer Fachstelle zur Begleitung wäre hierbei eine zusätzliche Option.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), fasst zusammen und formuliert folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung:

Gesucht wird ein Ort zum Feiern in Leverkusen, der gut mit dem ÖPNV erreichbar ist. Dort soll keine Dauerbeobachtung durch Pädagogische Fachkräfte erfolgen. Es soll geprüft werden, ob sich Investoren und/oder Jugend-

häuser beteiligen können. Es soll nach Akteuren in Leverkusen gesucht werden, die Erfahrung mit dem Thema „Feiern“ haben.

Frau Clemens (Förder- und Trägerverein freie Jugendzentren) merkt an, im KAW wurden schon von Jugendlichen selbst organisierte Partys durchgeführt. Sie bietet dies als Gesprächsgrundlage an.

Herr Hirth (Katholische Kirche) regt an, das integrierte Handlungskonzept Wiesdorf zu nutzen, um Kontakt zu Fachleuten herzustellen.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), stellt den Prüfauftrag zur Abstimmung:

- einstimmig -

- 4 Digital-Coaches für Leverkusener Schulen, KiTas und Jugendhäuser
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2022
- m. Stn. v. 19.01.2023
- Nr.: 2022/1902

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) verliest die Stellungnahme des Fachbereichs Schulen.

Im Rahmen des DigitalPakts Schule wurden vom Bund und dem Land NRW eine Zusatzvereinbarung zum Thema „IT-Administration“ aufgelegt, die u. a. die Möglichkeit bietet, Fördergelder für IT-Administratoren*innen zu erhalten. Es handelt sich hierbei um eine anteilige Förderung in Höhe von 90 %.

Die Förderung über die Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule „IT-Administration“ bildet für die Verwaltung nunmehr die Basis, das bisherige Supportkonzept in Kitas und Jugendhäusern für die im pädagogischen Bereich genutzten digitalen Endgeräte neu aufzusetzen bzw. im Bereich der Schulen weiter zu professionalisieren.

In diesem Zuge ist es auch beabsichtigt, vier zusätzliche Stellen für fachlich qualifizierte IT-Administratoren*innen zu schaffen, die über den DigitalPakt Schule bis einschließlich 10/2025 gefördert werden. Darüber hinaus ist es beabsichtigt, im Bereich Bildungsbüro eine Medienberatung für die Kitas und Jugendhäuser aufzubauen, die die Einrichtungen bei der Erstellung und Umsetzung der Medienkonzepte unterstützend begleitet sowie Aus- und Fortbildungen organisiert und durchführt.

Nicht beabsichtigt ist, die IT-Administratoren*innen als sog. Digital-Coaches in Schulen zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer einzusetzen. Ein solcher Einsatz wäre nicht durch die Förderrichtlinien gedeckt und könnte sich förderschädlich auswirken. Die Medienberatung sowie die Aus- und Fortbildung für Schulen erfolgen weiterhin über die Organisationsstrukturen des Landes NRW.

Frau Besser (FDP) sieht den Antrag somit als erledigt an, da 4 neue Stellen IT-Administration im Rahmen des DigitalPakts Schule geschaffen werden sollen.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), stellt die Erledigung des Antrags (durch Stellungnahme der Verwaltung) zur Abstimmung:

- einstimmig -

5 Beschlüsse des Jugendstadtrates

5.1 Antrag der Klimaliste Leverkusen vom 03.01.2023 (Eingang 06.01.2023) - Nr.: 2023/1992

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) führt den Antrag aus.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich dafür aus, dass der Antrag nicht direkt in den Rat, sondern auch durch die Ausschüsse gehen soll. Demokratie wird durch eine Diskussion dort noch erlebbarer. Die Beratungsfolge soll beibehalten werden.

Frau Kuffner (Evangelische Kirche) schließt sich Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an. Demokratie wird auch dadurch erlebt, dass die Realität der Beratungsfolge eingehalten wird. Sie lädt die Antragsteller ein, mit den Ausschüssen in den Dialog zu treten.

Frau Krassa (CDU) schließt sich auch Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an. Ein Beitrag der Fachausschüsse drückt zudem Wertschätzung für Anträge aus. Außerdem sind so viele Aspekte zu beachten, die eine Fachberatung notwendig machen.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über den Antrag abstimmen.

- einstimmig abgelehnt -

5.2 Integration und Förderung für alle Bedürftigen - Antrag des Jugendstadtrates vom 27.10.2022 - Nr.: 2022/1965

Frau Krassa (CDU) hätte gerne eine Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert, die Stadt versuche Angebote für alle vorzuhalten. Zu Erwachsenen müsste sich zudem der Sozialausschuss äußern.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU) fragt nach, ob eine Zusammenstellung gewünscht ist, was bereits für Bedürftige vonseiten der

Stadt getan wird, bzw. was aktuell zur Förderung von Integration getan wird, um auf dieser Grundlage über den Antrag zu entscheiden.

Frau Krassa (CDU) stimmt zu.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert, sie würden sich mit einem Appell an die Stadtverwaltung, sie solle alle im Antrag beschriebenen Problemlagen angehen, zufriedengeben. Eine Beschließung des Antrags selbst sei so nicht möglich, da dieser zu unkonkret sei.

Frau Kuffner (Evangelische Kirche) gibt zu bedenken, die finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit sei zu gering, um den im Antrag beschriebenen Anliegen gerecht zu werden. Sie betont die Relevanz der Jugendarbeit als dritte Instanz neben Eltern und Schule, die insbesondere in Beratungssituationen wichtig ist.

Herr Hirth (Katholische Kirche) liest zwei Dinge aus dem Antrag heraus. Zum einen die Frage, ob Bedürftige genug unterstützt werden, zum anderen, ob Angebote der Jugendarbeit genug beworben werden. Möglicherweise ist ein Fachkräftemangel außerdem im Antrag erkenntlich. Er wünscht eine Konkretisierung durch die Antragsteller.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) wünscht sich auch eine Konkretisierung und eine Beantwortung der Frage, ob die SocialMedia-Kanäle der Jugendarbeit bekannt genug sind. Die Angemessenheit der Formate der Jugendarbeit sollten zudem überprüft werden. Er stellt die Frage an das Gremium, ob eine AG in diesem Zusammenhang eine Option wäre.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), fasst zusammen und lässt über folgende Beschlusslage abstimmen. Eine Befassung mit den im Antrag beschriebenen Problemstellungen und Themen soll stattfinden. Der Appell des Jugendstadtrats wird zur Kenntnis genommen. Dieser solle aber noch konkretisiert werden. Zudem ist eine Orientierung notwendig, um das aktuelle Angebot zu bewerten.

- einstimmig -

- 6 Anpassung der Elternbeitragssatzung für die Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.11.2022
- Nr.: 2022/1859

Rf. Pütz (SPD) spricht sich für eine Vertagung aus.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über eine Vertagung des Antrags abstimmen:

- einstimmig -

- 7 Vorläufige Anerkennung "Krabbelino gUG" als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KHJG
- Nr.: 2022/1942

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hätte gerne eine Erläuterung, warum eine Anerkennung der Einrichtung als Träger der freien Jugendhilfe notwendig ist. Zudem möchte sie gerne wissen, ob es hierfür Vergabekriterien gibt.

Frau Kuffner (Evangelische Kirche) erläutert, die Einrichtung könne damit Fördermittel beantragen. Die Anerkennung folge außerdem bereits Richtlinien. Bei Erfüllen der Kriterien könne eine Anerkennung nicht verweigert werden. Man unterliegt als freier Träger der Jugendhilfe außerdem einer Aufsicht.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die „Krabbelino gUG“ wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) in Verbindung mit § 25 des 1. Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) vorläufig für die Dauer von drei Jahren öffentlich anerkannt.

Vor Ablauf dieser Frist ist dem Fachbereich Kinder- und Jugend (FB 51) ein Tätigkeitsbericht vorzulegen.

- einstimmig -

- 8 Vorläufige Anerkennung "1.2.3-Kids gUG" als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KHJG
- Nr.: 2022/1943

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die „1.2.3-Kids gUG“ wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) in Verbindung mit § 25 des 1. Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) vorläufig für die Dauer von drei Jahren öffentlich anerkannt.

Vor Ablauf dieser Frist ist dem Fachbereich Kinder- und Jugend (FB 51) ein Tätigkeitsbericht vorzulegen.

- einstimmig -

9 Betreuungsplätze in den Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege für Kinder in Leverkusen für das Kindergartenjahr 2023/2024 nach dem Kinderbildungsgesetz

- m. aktualisierter Auflistung v. 13.01.2023
- Nr.: 2022/1954

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt dem Gremium mit, sie habe Verbesserungen festgestellt. Geteilte Plätze wurden abgebaut. Negativ sind ihr aber auch in anderen KiTas neue geteilte Plätze aufgefallen. Sie würde gerne erfragen, wie es dazu kommt. Auch die Anzahl der 25-Stunden Plätze erhöhte sich. Sie zweifelt diese Erhöhung an.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert, die Abfrage wurde dieses Jahr früher als letztes Jahr gestartet. Tatsächlich sind die angegebenen Zahlen der angegebene Bedarf. Eine Abfrage zu den 25-Stunden Plätzen läuft noch. Bis zum 15.03. ist noch Gelegenheit, die Planung anzupassen.

Frau Jarosch (Fachbereich Kinder und Jugend) ergänzt, in letztem Jahr wurden zusätzlich die Eltern der Bestandskinder abgefragt. Dieses Jahr nicht. Es wurden nur noch vorgemerkte Eltern abgefragt. Deutlich Unterschiede sind sichtbar. Der Rücklauf ist größer und die Angaben werden konkreter. Letztes, und auch dieses Jahr, wurden die Eltern konkret zu allen Betreuungsstunden befragt, unabhängig von den Optionen der KiTa. Im KiTa-Planer wird solange nichts verändert, bis die Rückmeldung der Eltern da ist. Nur ein 35-Stunden-geteilt-Platz wurde nicht konkret abgefragt. Es gibt nur noch 25, 35 Block und 45 Stunden. Auf Nachfrage von Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), woher die neuen geteilten Plätze kämen, antwortet Frau Jarosch (Fachbereich Kinder und Jugend), dies sei ausdrücklicher Wunsch der Eltern gewesen.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), lässt abstimmen:

Beschluss:

1. Für das am 01.08.2023 beginnende Kindergartenjahr 2023/2024 werden entsprechend der Anlage 1 der Vorlage die aufgezeigten Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege in Leverkusen nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) vom 03.12.2019 als Grundlage für die gesetzliche Förderung festgeschrieben.
2. Sollten sich im Einzelfall bis zum 19.02.2023 noch kleinere Veränderungen seitens der Träger bei der Beantragung der Förderung nach der Satzung der Stadt Leverkusen über die Förderung der Tageseinrichtungen für Kinder vom 07.11.2011 ergeben, wird die Jugendhilfeplanerin beauftragt, die Jugendhilfeplanung für das Kindergartenjahr 2023/2024 entsprechend

fortzuschreiben. Strukturelle Veränderungen der Jugendhilfeplanung bedürfen weiterhin einer Beschlussvorlage oder ggf. eines Dringlichkeitsbeschlusses.

3. Die Endfassung der Übersicht nach Anlage 1 der Vorlage ist den Mitgliedern des Kinder- und Jugendhilfeausschusses nach dem 15.03.2023 über z.d.A.: Rat zur Kenntnis zu bringen.
4. Die aufgezeigte generelle Bedarfs-/Versorgungssituation ab dem Kindergartenjahr 2023/2024 und die diesbezüglich möglichen verbessernden Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

dafür: 10 (2 (CDU), 1 (SPD), 1 (FDP), 1 (OP), 1 (Arbeiterwohlfahrt), 1 (Caritasverband Leverkusen e.V.), 1 (Kinder und Jugendring), 1 (Förder- und Trägerverein freie Jugendzentren), 1 (Evangelische Jugend))
dagegen: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- mehrheitlich beschlossen -

10 Errichtung einer Kindertagesstätte an der Flurstraße gemäß Kindertagesstättenbedarfsplanung 2021/2022

- Antrag der Klimaliste Leverkusen vom 03.01.2023 (Eingang 06.01.2023)
- Nr.: 2023/1996

Rh. Rees führt den Antrag aus.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) widerspricht der Aussage, dass in Hitdorf kein Bedarf an KiTa-Plätzen besteht. Rechnerisch besteht ein Defizit von insgesamt 27 Plätzen. Man könnte zu dem Schluss kommen die KiTa an der Weinhäuserstraße wäre überdimensioniert. Das rechnerische Defizit ist aber nur eine Variable von vielen. Die gesamtstädtische Unterversorgung muss zusätzlich betrachtet werden. In Hitdorf gibt es, Stand Oktober 2022, 79 vorgemerkte Plätze mit der Priorität 1 und 69 vorgemerkte Plätze mit der Priorität 2. Dieser Bedarf wird mit Kindern, die die KiTa verlassen, nicht abgedeckt werden. Der tatsächliche Bedarf ist also vermutlich höher als 27 Plätze. Aus Sicht des Fachbereichs Kinder- und Jugend ist es also wichtig, die Plätze in Hitdorf zu schaffen.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich dafür aus, alle Plätze in Leverkusen zu schaffen, die möglich sind. Sie stellt außerdem die KiTa Bedarfsplanung in Frage. 2018 wurde ein Beschluss bezüglich der U3-Quote gefasst. Gleichzeitig wurde ein Beschluss gefasst, dass die Bedarfe, unter Berücksichtigung der Wünsche der Erziehungsberechtigten, konkret erhoben werden. Würden die Vormerkungen des KiTa-Planers als Bedarfserhebung herangezogen, würden möglicherweise ganz andere Verteilungen offenbar.

Sie bittet darum, dass wertfrei der Bedarf gemeldet werden kann. Der KiTa-Planer solle ausgelesen und die Bedarfsplanung danach aufgestellt werden.

Die KiTa an der Flurstraße könne noch zusätzlich geplant werden, aber nicht als Ersatz für bestehende Grundstücke.

Herr Küppers (Fachbereiches Kinder und Jugend) erläutert, dies werde bereits getan. Für die Bedarfsplanung werden sich die Vormerkungen im KiTa-Planer angeschaut. Es werden statistische Werte erhoben. Die Bevölkerungsvorausberechnung und auch die Geburtenzahlen werden miteinbezogen.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dann müsse bei Hitdorf als Bedarf 150 stehen.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) widerspricht. Eine so einfache Darstellung sei nicht möglich. Nicht zwingend ist ein Wunsch der Eltern auch gleich ein Bedarf.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt zu. Demographische Faktoren müssen berücksichtigt werden. Dennoch gibt es seit 2020 ein neues KiBiz, dass da sagt, Befragungen der Eltern sollen mindestens alle 3 Jahre stattfinden.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) führt aus, die Stadt Leverkusen kommt dem nach. Der KiTa-Planer wird miteinbezogen und somit werden die Bedarfe gemäß KiBiz ausgewertet.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt die Frage, ob die im Antrag beschriebene Fläche noch zur Verfügung steht.

Diese Frage kann vonseiten der Verwaltung nicht beantwortet werden und es wird an die Fachverwaltung verwiesen.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist mit dieser Antwort nicht zufrieden. Dies hätte im Vorfeld geklärt werden müssen. Die Bauverwaltung habe ihm mitgeteilt, die Fläche stünde nicht mehr zur Verfügung.

Frau Kuffner (Evangelische Kirche) merkt an, eine vollständige Stadtteilintegration müsse über die Grundschule hinausgedacht werden. Dies ist erstrebenswert, dennoch müsse jeder KiTa-Platz geschaffen werden, der möglich ist.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnert an die in 2022 geschaffene Prioritätenliste. Einen Änderungsantrag der Klimaliste Leverkusen dazu hat es nicht gegeben. Er spricht sich für die Abarbeitung der Liste aus.

Es besteht weiterhin Unklarheit darüber, ob die im Antrag beschriebene Fläche noch zur Verfügung steht.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gibt zu bedenken, würde dem Antrag gefolgt werden, würde der Verwaltung der Auftrag gegeben, die entspre-

chende KiTa zu planen. Dies stünde aber im Widerspruch zur beschlossenen Prioritätenliste.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) und Frau Krassa (CDU) stimmen dem zu. An den beschlossenen Fahrplan solle sich gehalten werden.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Heibel (CDU), lässt über den Antrag abstimmen.

dafür: 11 (2 (CDU), 1 (SPD), 2 (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN), 1 (FDP),
1 (OP), 1 (Arbeiterwohlfahrt), 1 (Caritasverband Leverkusen
e.V.), 1 (Kinder und Jugendring), 1 (Evangelische Jugend))
Enth.: 1 (Förder- und Trägerverein freie Jugendzentren)

Vorstellung Bildungsbericht 2022 / 2023 - Katharina Baarhs

Katharina Baarhs (Kommunales Bildungsbüro) trägt eine Zusammenfassung des Bildungsberichts 2022/2023 vor. (siehe Anlage zur Niederschrift)

Es wird angemerkt, dass nicht berücksichtigt wurde, dass zwei Förderschulen zusammengelegt wurden und die Sonderschulen außerdem unterschiedliche Förderschwerpunkte aufweisen. Auch bei der Darstellung der Wechsel zwischen den unterschiedlichen Schularten fehle der Wechsel von und zur Förderschule. Eine zusätzliche Ausführung, Analyse und Interpretation von Förderschulen wird sich außerdem im Bericht gewünscht.

Berichterstattung zum Kinderschutz in Leverkusen

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) trägt den Bericht vor. Im vierten Quartal 2022 gab es 155 neue Meldungen nach §8a SGB VIII. Insgesamt bedeutet das 508 derartige Meldungen in 2022. Dies ist eine Steigerung um 138 Fälle zum Vorjahr und entspricht 37,5 %. Ungefähr die Hälfte der 508 Fälle ist von der Polizei gemeldet worden. Von den Fällen konnten 36 % innerhalb von zwei Monaten abschließend bearbeitet werden. Der Großteil der Fälle konnte in den ersten drei Monaten abschließend bearbeitet werden.

Auf Nachfrage von Frau von Hebel (Fachbereich Schulen), wie viele der Fälle von Schulen gemeldet wurden, antwortet Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend), dass im Jahr 2021 22 und im Jahr 2022 33 Fälle von Schulen gemeldet wurden.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, nach Registrierung von Meldungen in der Presse, ob Meldungen nach § 47 SGB VIII, Kindeswohlgefährdung in Einrichtungen, in Leverkusen, eingegangen sind.

Frau Jarosch (Fachbereich Kinder und Jugend) berichtet, in Leverkusen gab es keine derartigen Meldungen.

Bericht des Dezernenten

Es wurde kein Bericht vorgetragen.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 8/2022)

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach, ob ihre Anfrage aus dem September mittlerweile beim Fachbereich liegt und wann mit einer Antwort zu rechnen sei. Es geht um Elternbeiträge und die Mittelverwendung von 167.000,00 € für die Offene Kinder- und Jugendarbeit.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) kann keine näheren Informationen über die 167.000 € der Offenen Kinder- und Jugendarbeit geben. Für die Elternbeitragssatzung wird eine Antwort für die Sitzung im Februar vorbereitet.

Der Vorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), schließt die Sitzung gegen 18:50 Uhr.

gez.

Rh. Stefan Hebbel
Vorsitzender

gez.

Kai Uckert
Schriftführer